

Die Amme

Verbandsorgan der Porzellan- und verwandten Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands

Der Bezugspreis der „Amme“ beträgt für In- u. Auslands-
bezieher 1 Goldmark monatlich
Redakt., Exped. u. Verl.: Charlottenburg, Brühlstr. 2-5.
• Fernrufnummern: Berlin Amt Wilhelm 4952 und 8849. •

Jamner strebe zum Ganzen und laßst Du selber kein Ganzes werden
***** Als dienendes Glied schließ an ein Ganzes Dich an *****

Inserate: Die 6spalt. Petitzeile wird mit 0,20 Goldmark für
Geschäfts- und mit 0,10 Goldmark für Arbeitsmarktanzeigen
berechnet. Für arbeitssuchende Mitgl. ist der Arbeitsmarkt frei.
Postcheckkonto: 9308 Berlin, W. Herden, Charlottenburg.

Das Organisationsproblem der Gewerkschaften.

So alt die gewerkschaftlichen Organisationen sind, so alt ist auch der Meinungskampf um die Organisationsform, und er wird solange bleiben, solange es Gewerkschaften gibt, weil die Formen von der Entwicklung abhängig sind und den Veränderungen innerhalb der Wirtschaft unterliegen. Auch bei den gegenwärtigen ausschlaggebenden Zentralorganisationsformen gibt es noch unterschiedliche Auffassungen über die Formen der zusammengefaßten Gewerkschaftskräfte, und die Gewerkschaftslongreß haben sich mehrfach damit befassen müssen. Da der letzte Gewerkschaftslongreß vom Jahre 1923 eine Kommission damit betraute, auf dem Gebiete der gewerkschaftlichen Entwicklung die Möglichkeiten von Zusammenschlüssen zu beraten, neue Organisationsformen zu untersuchen und dem kommenden Gewerkschaftslongreß 1925 dementsprechende Vorschläge zu unterbreiten, wird einem Mitgliede dieser Kommission, dem Vorsitzenden des Holzarbeiterverbandes, Genossen Fritz Tarnow, das Wort in folgenden Darlegungen (erschienen im Heft 3 „Die Arbeit“) gegeben:

Auf dem letzten Gewerkschaftslongreß stand das Organisationsproblem mit im Mittelpunkt der Verhandlungen. Das Ergebnis war bekanntlich die Annahme der „Resolution Dismann“, die in ihrem entscheidenden Teile lautete:

„Aus allen diesen Gründen hält der 11. deutsche Gewerkschaftslongreß eine grundlegende Veränderung der bisherigen Gewerkschaftsform und des damit verbundenen Gewerkschaftsrechtes für notwendig. Für große zusammenhängende Industrien, z. B. Bergbau, Hütten- und Metallindustrie, Baugewerbe, graphische Gewerbe, Transport- und Verkehrsgewerbe, öffentliche Betriebe und Verwaltungen, Textilindustrie, Lederherstellende und -verarbeitende Industrie, Holzindustrie, Lebers- und Genussmittelindustrie, Land- und Forstwirtschaft einschl. Weinbau und Gärtnerei sind einheitliche Industrieverbände anzuerkennen oder zu schaffen. Dies geschieht durch den Zusammenschluß der heute noch vorhandenen Berufsorganisationen.“

Ausgehend von dieser Anschauung beauftragt der Kongreß den Vorstand und Aufsichtsrat des ADGB, in kürzester Frist eine Vorlage auszuarbeiten, die einen organischen Aufbau von Industrieverbänden, deren Abgrenzung usw. vorsieht. Diese Vorlage ist zunächst den beteiligten Gewerkschaften zur weiteren Beratung zu überweisen.“

Für diese Entscheidung stimmte zwar nur eine Minderheit der Verbände, die aber die Mehrheit der Gewerkschaftsmittelglieder verfügte, so daß sich 4 853 408 Stimmen dafür und 1 925 972 dagegen ergaben, während für 636 414 Mitglieder Stimm-enthaltung geübt wurde.

Die von mir als dem Referenten zur Organisationsfrage vorgelegte, aber in diesem Teil abgelehnte Resolution bekannte sich gleichfalls zu der Auffassung,

„daß die Entwicklung der Gewerkschaften sich in der Richtung des Zusammenschlusses zu großen leistungsfähigen Industrieverbänden vollziehen muß.“

Sie erkannte auch an, daß berechtigte Gründe für die Forderung nach einer betrieblichen Abgrenzung der Gewerkschaften geltend gemacht werden können. Jedoch wären auch nach wie vor die Gründe, die für die bisher geltende berufliche Abgrenzung gegolten hätten, wirksam; und es hieß dann weiter:

„In gerechter Würdigung und Abwägung beider Organisationsformen erklärt der Kongreß, daß eine allgemeine, plötzliche und willkürliche Umformung der Gewerkschaften weder zweckmäßig noch durchführbar ist. Nur in organischer Entwicklung unter Berücksichtigung aller berechtigten Interessen und im Einklange einander widersprechender Tendenzen kann die Organisationsform verändert werden, ohne die Einheit der Gesamtbewegung zu gefährden. Der Kongreß lehnt es ab, einen Zwang zur Bildung neuer Organisationsformen auszusprechen, überläßt es vielmehr den einzelnen Verbänden, auf dem Wege gegenseitiger Verständigung diejenigen Veränderungen vorzunehmen, die den Beteiligten als zweckmäßig erscheinen.“

Um die vorhandenen Gegensätze und Reibungsflächen zu beseitigen, empfiehlt der Kongreß nachdrücklich:

a) benachbarten Berufsverbänden, deren Organisationsgebiete ausschließlich oder vorwiegend in derselben Industrie liegen, den Zusammenschluß zu einem gemeinsamen Industrieverband;

b) in Anlehnung an den § 8 der Bundesstatuten den Abschluß von Vereinbarungen zwischen den beteiligten Verbänden, wonach vereinzelt in fremden Industrien arbeitende Berufsangehörige der für diese Industrie maßgebenden Organisation zugewiesen werden.“

Nach der Abstimmung erklärten maßgebende Vertreter von Organisationen, die für die Resolution Dismann gestimmt hatten, daß sie dies nur im Sinne einer grundsätzlichen Entscheidung getan hätten, aber ausdrücklich jeden Zwang für die Durchführung dieses Beschlusses ablehnten.

Inzwischen sind fast drei Jahre ins Land gegangen, und der Gewerkschaftslongreß steht wieder vor der Tür. Der Bundeskongreß hatte bald nach dem Leipziger Kongreß zur Durchführung der Resolution Dismann eine Kommission eingesetzt, die aber bis jetzt zu einem Abschluß ihrer Arbeit nicht gekommen ist. Das liegt ganz nicht an einem Mangel an gutem Willen, denn die Mehrheit der Kommission besteht aus Anhängern der Resolution.

Es hat sich aber herausgestellt, daß die von den Gegnern der Resolution geltend gemachten Schwierigkeiten doch größer sind, als mancher von den Befürwortern angenommen hatte.

Wie man erst jetzt richtig erkennt, handelt es sich nicht nur um den überhaupt schwer zu überwindenden Gegensatz zwischen den Anhängern der Berufsabgrenzung und denen der Industrieabgrenzung, sondern es ergeben sich auch zahlreiche Meinungs-

verschiedenheiten unter den grundsätzlichen Anhängern der Industrieorganisation selbst.

Was heißt Industrieorganisation? Bei der Masse ihrer Anhänger erscheint dieses Prinzip außerordentlich einfach: Für jeden Betrieb nur eine Organisation! Von der Zweckmäßigkeit abgesehen, ist insoweit die Abgrenzung organisatorisch in der Tat sehr einfach. Die Schwierigkeiten beginnen, wo es gilt, die Einzelbetriebe zu „Industrien“ zusammenzufassen. In der Regel denkt man dabei an die übliche wirtschaftspolitische Gruppierung, wonach etwa 15 Industriegruppen unterschieden werden. Die Grenzen zwischen diesen Gruppen sind aber nicht fest und klar erkennbar, und es ist auch noch keineswegs entschieden, ob dieselben Grundsätze, die für diese statistische Gruppierung maßgebend waren, ohne weiteres einem gewerkschaftlichen Organisationsplan zugrunde gelegt werden können. Man muß sich also zunächst einmal darüber klar werden, welches Prinzip für die Abgrenzung der Industrieverbände maßgebend sein soll, was wiederum davon abhängt, worin man die tragende Idee der neuen Organisationsform sehen will. Für die Industrieverbandsform wird angeführt, daß das Interesse des einzelnen Arbeiters an seinem Betrieb größer sei als an seinem Beruf.

daß die Gemeinsamkeit des Arbeitsverhältnisses ausschlaggebend für die Zusammenfassung in der Gewerkschaftsbewegung sein müsse.

Ganz besonders wird die Konzentrationsbewegung des Kapitals hervorgehoben und auf die wirtschaftlichen und sozialpolitischen Zusammenhänge des Unternehmens hingewiesen, dem die Arbeiter parallel gruppierte Gewerkschaften entgegenstehen müßten. Nimmt man diesen Standpunkt ein, so ist es aber doch praktisch unmöglich, allen Konzentrationen zu folgen, da diese sich vielfach überschneiden. Es gibt wirtschaftliche Zusammenhänge, die sich im Rahmen der gleichen Industrie halten (horizontale Konzentration); es gibt andere, die aufeinanderfolgende Produktionsstufen vom Rohstoff bis zum Fertigfabrikat in sich vereinen, sich also über mehrere Industrien erstrecken (vertikale Konzentration); und es gibt wieder andere, die Betriebe der verschiedenen Industrien und Produktionsstufen in einem Konzern vereinigen. Bei den sozialpolitischen Arbeitgeberverbänden ringt das berufliche Prinzip (Zusammenschluß von Arbeitgebern des gleichen Gewerbes) mit dem regionalen (Zusammenschluß aller Arbeitgeber des gleichen Ortes oder Bezirkes). Es wird aber notwendig sein, eine Konzentrationsbewegung zum allgemeinen Organisationsprinzip für die Gewerkschaftsbewegung zu bestimmen, wenn nicht ein heilloses Durcheinander entstehen soll.

Man könnte dafür das Konzernprinzip anwenden. Das würde heißen: Für alle Betriebe des gleichen Unternehmers oder miteinander verbundener Unternehmer nur eine Gewerkschaft. Dieses Prinzip wird u. a. geltend gemacht vom Verband der Staats- und Gemeinbediensteter, der als Organisationsgebiet alle Betriebe in öffentlicher Hand, gleichviel zu welchen Industrie-gruppen sie wirtschaftlich gehören, verlangt. Wenn dieses Prinzip allgemein angewandt werden sollte, müßten z. B. die Belegschaften aller Betriebe des Stinnes-Konzerns, ob es sich um Kohlengruben, Maschinenfabriken, Hotels, Zeitungsdruckereien, Schiffahrts- oder andere Unternehmungen handelt, in einer Gewerkschaft vereinigt werden. Diese Art der Konzentration ist in der Wirtschaft jedoch zu vereinzelt, um allgemeines Organisationsprinzip für die Gewerkschaften werden zu können. Dann bleibt noch

die Wahl zwischen der horizontalen und vertikalen Konzentration. Das letztere Prinzip hat der Bauarbeiterverband seinem Organisationsplan zugrunde gelegt, wonach er neben den eigentlichen Baubetrieben auch die der Baustoffherstellung und die Baubetriebe für sich beansprucht. Die meisten Anhänger der Industrieorganisation denken jedoch an die horizontale Zusammenfassung, und auch die Resolution Dismann ist offensichtlich von dieser Voraussetzung ausgegangen. Will man diese Form, muß man sich aber völlig klar darüber sein, daß daneben nicht auch noch die anderen Prinzipien Geltung haben können; zum Beispiel könnten die kommunalen Straßenbahnen, die nach der horizontalen Form dem Verkehrsbund zugehören müßten, nicht auch gleichzeitig nach dem Konzernprinzip dem Staats- und Gemeinbediensteterverband zugewiesen werden.

Leider liegen die Dinge nicht so einfach, wie es nach der Resolution Dismann erscheinen könnte, nämlich als ob „durch den Zusammenschluß der heute noch vorhandenen Berufsorganisationen“ die geplanten Industrieverbände geschaffen werden könnten. Um Industrieverband solcher Art zu errichten, bedürfte es keiner besonderen Konzessionsbeschlüsse, denn sie sind längst vorhanden. Der Metallarbeiterverband, der Deutsche Holzarbeiterverband, der Baugewerksbund u. a. sind nach diesem Prinzip konstruiert, und die Entwicklung hat ohne besonderen Druck durch die Gesamtorganisation ganz von selbst dahin geführt, daß kleinere Berufsverbände sich solchen Industrieverbänden anschließen haben. Worum es sich jetzt dreht, ist eine völlige Neuformierung der gewerkschaftlichen Organisationen, wobei die meisten Verbände erhebliche Minderheitsveränderungen vornehmen müßten. Einzelne Verbände würden vollständig auseinandergerissen und in so viele Teile zerlegt werden, daß nicht mehr eine Verschmelzung, sondern nur eine Auflösung in Betracht käme. Das ist einer der Gründe,

die die Durchführung des Leipziger Beschlusses so außerordentlich schwierig machen.

Ein wesentlicher Vorzug der bisher geltenden Abgrenzung nach Berufen besteht darin, daß es sich hier um ein einfaches Prinzip handelt, das allgemein und überall angewendet werden kann (eine ausdrücklich genehmigte Ausnahme ist nur für den Verband der Eisenbahner gemacht worden, für den betriebliche Abgrenzung aus besonderen Gründen zugebilligt worden ist).

Für die Industrieverbandsform aber ist nach dem bisherigen Verlauf der Verhandlungen kaum zu erhoffen, daß ein ebenso einheitliches Abgrenzungsprinzip gefunden werden könnte. Gehen

jedoch mehrere Grundsätze nebeneinander, über deren Anwendung dann von Fall zu Fall zu entscheiden ist, und müssen an Stelle eines allgemein gültigen objektiven Maßstabes subjektive Entscheidungen treten, so ist von vornherein eine unerlöschliche Quelle schwerster Konflikte geschaffen. Dabei muß man stets berücksichtigen, daß der ADGB eine durch Freiwilligkeit zusammengehaltene Verbindung ist. Wo es sich um Sein oder Nichtsein der einzelnen Verbände handelt, darf ein etwaiger Konkretschluß, wenn schon nicht zu erreichen ist, daß er von allen Beteiligten als richtig anerkannt wird, doch wenigstens nicht das Gefühl anstoßen, daß mit zweierlei Maß gemessen wird. Einem Organisationsplan etwa, der dem einen Verband die berufliche Zusammenfassung beläßt, auch wenn sich seine Mitglieder auf mehrere Industriegruppen verteilen, den anderen Verband, der sich in derselben Lage befindet, auseinanderreißen und auf die verschiedenen Industrieverbände verteilen wollte, wohnie nicht die innere überzeugende moralische Kraft inne, um sich durchsetzen zu können.

Ist es schon möglich, daß für die grundsätzliche Einteilung der Industrieverbände ein allgemein gültiger objektiver Maßstab fehlt, so bleiben aber auch dann noch zahllose Differenzen übrig, wenn im Prinzip die Grenzen jedes Industrieverbandes festgelegt worden wären. Auch wenn der starre Grundsatz, „für jeden Betrieb nur eine Organisation“, nicht aufrechterhalten werden soll, muß doch für jeden Betrieb ermittelt werden, welcher Industriegruppe er angehört. Der Industriecharakter eines Betriebes ist nun aber in vielen Fällen sehr viel zweifelhafter als der persönliche Beruf des einzelnen Arbeiters, der bisher das entscheidende Merkmal der Organisationszugehörigkeit war. An der Peripherie aller Industriegruppen liegen zahllose Betriebe und Gewerkschaften, die an einem Teil in andere Industrie-gruppen hineinragen, ohne daß der überwiegende Industriecharakter zweifelhaft zu erkennen wäre. Schon jetzt zeigt sich,

daß die Meinungen der beteiligten Verbände in solchen Fragen einander scharf gegenüberstehen.

Beispielsweise wünscht der Metallarbeiterverband für sich den Industrieverband „Hütten- und Metallindustrie“. Es mag auf den ersten Blick absonderlich erscheinen, daß der Fabrikarbeiterverband als Träger der Organisation für die „Chemische Industrie“ Anspruch auf die „Metallhütten“, mit Ausnahme der Eisenhütten, erhebt. Indessen erhebt die Sache in einem anderen Lichte, wenn man sich den Produktionsprozeß näher ansieht. Die Gewinnung von Kupfer, Zink und anderem Metall vollzieht sich nämlich ganz anders als der Hochofenbetrieb der Eisenhütte und ist völlig identisch mit dem allgemein üblichen Produktionsprozeß in der Industrie der gesamten anorganischen Chemie. Tatsächlich sind die metallurgischen Werke, in denen durch Auslaugen mit Säuren die Abscheidung der Metalle erfolgt, trotz ihres Namens Betriebe der chemischen Industrie. Dabei wäre hier eine Entscheidung noch verhältnismäßig leicht im Verhältnis zu solchen Betrieben, die sich über mehrere Industrien erstrecken. Auch die Unterteilung von andersartigen Nebenbetrieben kompliziert die Sache. Bei der Abgrenzung für den Bergbau ergeben sich Schwierigkeiten aus der Tatsache, daß immer mehr dazu übergegangen wird, den Förderbetriebe auch Nebenbetriebe für die weitere Verarbeitung direkt anzuschließen. Der Fabrikarbeiterverband macht geltend, daß nach dem Industrieverbandsprinzip nicht der zufällige Besitz eines Betriebes, sondern die Art der Produktion maßgebend für die Organisationszugehörigkeit sei, daß demnach Kokerereien, Zerkleinerungen und Ammoniakfabriken als unzweifelhaft chemische Betriebe in den Industrieverband für diese Industrie gehören und nicht von der chemischen Industrie abgetrennt werden können. Der Bergarbeiterverband aber läßt diese Ansprüche nicht gelten und reklamiert solche chemischen Nebenbetriebe des Bergbaues für sein Organisationsgebiet, womit er zweifellos recht hätte, wenn die vertikale Konzentrationsform gelten würde, während der Fabrikarbeiterverband recht hat, wenn das horizontale Zusammenfassungsprinzip zur Anwendung kommen soll. Aus diesem Beispiel lernt man, daß es

schwierigstens unmöglich ist, für ein Organisationsprinzip sowohl das horizontale wie das vertikale Zusammenfassungsprinzip nebeneinander in Kraft zu setzen.

Diese wenigen Andeutungen mögen genügen, um zu zeigen, wie ungeheuer schwer die Aufgabe der Kommission für die Ausarbeitung eines neuen Organisationsplanes ist. Glücklicherweise hat sich der Leipziger Kongreß davor bewahrt, bereits die alten Grenzen zwischen den Verbänden aufzuheben, wie manche Heißhörner es wünschten. Gerade weil es für eine Neuformierung an einem allgemeinen Abgrenzungsprinzip, das für alle auftauchenden Streitfälle die Entscheidung in sich selbst trägt, fehlt, müßte ein neuer Organisationsplan bis ins Detail ausgearbeitet sein, bevor er durch einen Kongreßbescheid als geltendes Recht proklamiert werden könnte. Man wird gewiß keinen Plan finden können, der alle befriedigt; aber was man von ihm auf alle Fälle verlangen muß, ist eine klare und deutlich sichtbare Linienführung. Nichts könnte verhängnisvoller werden, als wenn der nächste Kongreß etwa die alten Zwischenwände im Gebäude des ADGB einreißt, das Mauerwerk der neuen Wände aber auf der Grundlage eines ungeklärten Prinzips, das jeder nach seiner Fassung auslegen kann, dem früh-fröhlichen Raufkampf unter den Verbänden überlassen wollte.

Während alle Augen darauf gerichtet sind, wie durch eine Zusammenlegung und Umformung der Gewerkschaften die allgemeine als zweckmäßig anerkannte Konzentration der Gesamtbewegung gefördert werden kann, bleibt ziemlich unbeachtet, daß diesem Ziel auch auf einem anderen Wege und mit geringeren Schwierigkeiten näherzukommen ist. Der Wille zur Zusammenfassung hat in der Nachkriegszeit am stärksten seinen Ausdruck gefunden durch die Gründung des ADGB an Stelle der früheren „Generalkommission“. Das war nicht nur eine Namensänderung, sondern dahinter stand die wohlverwagene Absicht,

den losen Zusammenschluß zu einer festen Gesamtorganisation auszubauen.

Wenn heute noch viele Gewerkschaftsmitglieder die Bedeutung dieses Vorganges nicht ganz erkannt haben, so liegt das daran, daß der neu geschaffene Norm noch viel an Inhalt fehlt. Die mangelhaften finanziellen Verhältnisse der Inflationszeit, die Notwendigkeit, in allen Verbänden alle Kräfte bis zur Erschöpfung für den unmittelbaren Lohnkampf einzusetzen, haben bisher verhindert, die Spitzenorganisation so auszubauen, wie das die Absicht war. Es kann aber keinem Zweifel unterliegen, daß der Punkt, gemessen an der Größe der Aufgaben, die er als Repräsentant der wirtschaftlichen und sozialpolitischen Arbeiterinteressen in Gegenwart und Zukunft zu leisten hat, nur erst in recht bescheidenem Format erreicht hat. Hier liegen noch sehr große Entwicklungsmöglichkeiten. Eine gleich an einen „Allgemeinen Gewerkschaftsverband“ denken zu müssen, können doch der Aktionskreis und die Einrichtungen des ADGB noch erheblich erweitert werden. Dabei ist es nützlich, daß dann die einzelnen Verbände an öffentlicher Bedeutung und Selbstständigkeit einbüßen und mehr in den Rang von Unterabteilungen der Gesamtorganisation eintreten müssen. Aber das wird leicht zu ertragen sein, wenn auf der anderen Seite ein konzentrischer Zusammenschluß aller Kräfte dort in Erscheinung tritt, wo ein Einheitswille der gesamten gewerkschaftlich organisierten Arbeiterschaft wirksam geltend gemacht werden kann. Um dahin zu kommen, müssen die zentralen und bezirklichen Einrichtungen des ADGB weiter ausgebaut werden.

damit sie in der Lage wären, alle sozialpolitischen, arbeitsrechtlichen, wirtschaftspolitischen usw. Aufgaben, die allgemeiner Natur sind, und für die heute noch vielfach die Kräfte in den einzelnen Verbänden nebeneinander verstreut werden, durchführen zu können. Auch das gewerkschaftliche Bildungsweien kann durch eine kräftige Zentralisierung durch den ADGB rationaler gestaltet werden.

In der gleichen Richtung würde eine größere Vereinheitlichung der Organisationsstrukturen bei den einzelnen Verbänden liegen, ohne daß gleich eine mechanische und absolute Einheitlichkeit durchgesetzt werden müßte. Indessen wäre es sicher von allgemeinem Nutzen gewesen, wenn der Wiederaufbau der inneren Verbandseinrichtungen, die in allen Verbänden nach der Inflationszeit notwendig gewordenen Neuordnung des Beitrags- und Unterstützungsweiens, nicht wie es tatsächlich geschehen ist, ohne jede Abstimmung miteinander, sondern planmäßig und nach einheitlichen Grundrissen erfolgt wäre. Gerade hier zeigte sich besonders deutlich, wie wenig heute noch das Gefühl der organisierten Verbundenheit die einzelnen Verbände beherrscht und wieviel Möglichkeiten für eine weitere Konzentration der Gewerkschaftsbewegung hier noch zu finden ist.

Wenn die weitere Konzentration der Gewerkschaftsbewegung in dieser Richtung verläuft, wird sich vielleicht zeigen, daß die Organisationsform und die Größenverhältnisse der einzelnen Unterverbände überhaupt nicht mehr die überragende Bedeutung haben, die ihnen heute noch zugemessen wird.

Bedeutung Lohnerhöhungen eine neue Inflation?

In der Unternehmerpresse mühen sich gegenwärtig allerhand Leute mit der Frage ab, ob unsere Währung bereits so gestiegen sei, daß die von den Arbeitern und Angestellten geforderten Lohn- und Gehaltserhöhungen ohne Schädigung derselben getragen werden können. Die Artikelschreiber in der „Berliner Börsen-Zeitung“, der „Industrie- und Handels-Zeitung“ und der „Deutschen Bergwerks-Zeitung“ kommen merkwürdigerweise übereinstimmend zu dem Schluß, daß Lohnerhöhungen die Währung gefährden würden und eine neue Inflation die Folge sein müsse. Auf diese Art sucht man die Verantwortlichkeit zu bearbeiten und vor allem das Reichsarbeitsministerium sowie die Schlichtungsinstanzen von Schiedsgerichten abzuhalten, die eine Lohn- und Gehaltserhöhung vorsehen. Es ist notwendig, dieser Sache auf den Grund zu gehen, um solche Vorstellungen zu verhüten.

Ihren Ausgangspunkt nehmen diese Erörterungen von der bekannten Rede des Reichswirtschaftsministers Dr. Neuhaus im Haushaltsausschuß des Reichstags. Dieser Minister der Schwerindustrie glaubte die Warnung ausprechen zu müssen, die Löhne und Gehälter nicht unverantwortlich in die Höhe zu treiben. Nicht Lohnerhöhungen, sondern Produktionssteigerung und Kapitalbildung seien die Erfordernisse der Wirtschaft. Es ist kein Wunder, daß die Unternehmerpresse diese „herabwürdige Betrugswelt“ lobte und die Stellungnahme des Ministers mit lebhaftem Applaus begrüßte.

Die betreffenden Artikel der „B. V.-Z.“ und der „Deutschen Bergwerks-Zeitung“ sind sich in den wesentlichen Gesichtspunkten gleich, so daß es genügt, die Ausführungen der „B. V.-Z.“ unter die Lupe zu nehmen. Diese erwähnt in ihrer Nummer vom 21. April, daß der Zahlungsmittelumsatz bereits 4,5 Milliarden betrage, dazu seien zu rechnen: die diskontierten und re-diskontierten Wechsel in einer Gesamthöhe von ca. 1,2 Milliarden Mk., ferner die nicht diskontierten Wechsel in Höhe von 300 Millionen Mk., damit sei der gesamte Zahlungsmittelumsatz des reichen Deutschland der Vorkriegszeit erreicht. Jedes weitere Ansteigen des Zahlungsmittelumsatzes muß die Kaufkraft des Geldes weiter verringern und schließlich zu einem Zustand führen, wo Geldentwertung und Preisvermehrung wieder in den unaufhaltbaren Kreislauf der Inflation kommen. Auf diese Restriktion fußt, warnt die „B. V.-Z.“ vor Lohnerhöhungen, da zu einer Lohnerhöhung von beispielsweise 10 Proz. ein Kapitalbedarf von 500 Millionen Mk. notwendig sei. Da diese Geldmittel nicht vorhanden seien, müßten entweder die Läger veräußert oder Kredite in Anspruch genommen werden. Die Reichsbank würde die erforderlichen Kredite nicht bewilligen, sondern mit einer erneuten Kreditrestriktion antworten. Nach dem dieser entsprechend aufgebaute Kobanz gezeigt wurde, malt die „B. V.-Z.“ folgendes Schreckgespenst an die Wand:

„Gegner der Kreditrestriktion als dem letzten Mittel des Währungsstellers gegen die von der Wirtschaftseite her drohenden Inflationsgefahren stehen deshalb Erklärten der Wirtschaft. Betriebsbeschränkungen, Arbeitslosigkeit, Gerüstströmen der Kräfte auf die Straße, politische Unruhen und Notstände nehmen der Regierung, die, trotz es, was es wolle, aus im politischen Gebirge Zahlungsmittel zur Belebung des Güterumsatzes zur Verfügung stellen muß, selbst wenn dies auf Kosten der Währung geht. Denn in der letzten Phase einer Inflation würde der Druck der Masse so groß werden, daß kein Bankrott, kein Währungsminister und keine Währungsreform das unaufhaltbare Durchbrechen der Schranken und das Vereinstreten der neuen Inflation verhindern können.“

Lesen wir den Artikelschreiber der „B. V.-Z.“ mit seiner Behauptung, als habe eine Lohnerhöhung die Revolution im Geleite, sich weiter abmühen und verschärfen wir uns mit den reizen Tatsachen. Zunächst erscheinen uns die Figuren, mit denen die „B. V.-Z.“ jongliert, nicht den Tatsachen zu entsprechen. In der Vorkriegszeit schwankte die Zahl der in Deutschland gegen Lohn und Gehalt Beschäftigten um 19 Millionen. Wenn man für die Nachkriegszeit 18 Millionen Beschäftigte annimmt, dann dürfte ungefähr das Richtige getroffen sein. Die der Verdienungsquelle unterliegenden gewerkschaftlichen Arbeiter und Angestellten hatten ein durchschnittliches Einkommen im Jahre 1913 von 1215 Mk. Für die Gegenwart würde eine 10-proz. Lohnerhöhung einen augenblicklichen Kapital-

bedarft von ungefähr 250 000 000 Mk. erfordern. Die „B. V.-Z.“ operiert mit der doppelten Summe; der Zweck ist sehr durchsichtig.

Als wenig stichhaltig erweist sich auch die Annahme, daß Wechsel als untauschende Zahlungsmittel zu betrachten seien. Ganz abgesehen davon, daß Wechsel als Zahlungsmittel nur wenig zirkulieren, ist es in der Vorkriegszeit niemandem eingefallen, den seigerzeit viel höheren Wechselbestand als dem Geld gleich zu achtende Zahlungsmittel zu betrachten. Deshalb soll man heute auf die weder theoretisch bewiesene noch praktisch in Erscheinung tretende Debatte hereinfallen?

Die „B. V.-Z.“ nimmt selbst an, daß der zu Lohn- und Gehaltserhöhungen benötigte Mehrbedarf von Kapital zunächst aus eigenen Mitteln zur Verfügung gestellt werden müßte. Dabei wird ohne weiteres vorausgesetzt, daß die zur Verfügung stehenden disponiblen Mittel hierzu nicht ausreichen. Die benötigten Summen müßten durch Kredite herbeigeschafft oder die zur Angangnahme der Betriebe aufgenommenen Auslandskredite müßten zu Lohnzahlungen herangezogen werden. Herr Dr. Meißinger spricht in einem Artikel der „Industrie- und Handels-Zeitung“ von „konsumierten Auslandskrediten“. Der Einfall will es, daß sich in derselben Nummer der „B. V.-Z.“ die Wochenübersicht der Reichsbank vom 15. April befindet, wo ein weiterer Rückgang des Zahlungsmittelumsatzes um 105 Millionen Mark und ferner eine Ermäßigung der Wechselanleihe um 61 Millionen Mark festgestellt wird. Der Reichsbankstatus vom 23. April zeigt eine weitere erhebliche Verringerung. So ging die Wechsel- und Lombardanleihe um 167 Millionen Mark zurück, Banknoten und Rentenbankcheine sind in Höhe von 284 Millionen Mark an die Reichsbank zurückgekauft. Gar nicht beachtet wird von den Plannachmachern der Unternehmerpresse, daß, wenn zunächst auch die Mittel zur Verfügung gestellt werden, sie aber später durch durchgreifende und großangelegte Rationalisierung der Produktion wieder hereingeholt werden können. Zum Teufel auch, was die Unternehmer anderer Länder können, müßten doch auch die deutschen Unternehmer fertig bringen! Wo bleibt hier so viel gerühmte Initiative der deutschen Wirtschaftsführer?

Die deutsche Wirtschaft wird doch heute schon ganz ansehnliche Ueberflüsse ab. Abgesehen von reichlichen Mittelnstellungen und Abschreibungen, die zur Reproduktion des Kapitals notwendig sind, werden auch wieder Dividenden verteilt. Die der Kapitalistenklasse in Gestalt von Dividenden und Zinseinkünften zugehenden Beträge sind nach Meinung des Reichswirtschaftsministers die Voraussetzungen zur Kapitalbildung. Wir bestreiten diese Auffassung, weil wir der Meinung sind, daß eine gutentlohnene Arbeiter- und Angestelltenklasse von sich aus in Form von Sparkapital diejenigen Summen dem Geldmarkt zufließen dürfte, die die Wirtschaft zu ihrer Belebung braucht. Wenn der der Kapitalistenklasse zugehende Mehrwert der arbeitenden Bevölkerung zugute kommen würde, dann fände nur eine Verschiebung in dem Einkommen der beiden Klassen, Lohnarbeiter und Kapitalisten statt. Die Währung würde dadurch nicht im geringsten gefährdet.

Ganz unberücksichtigt gelassen wird die Wirkung, wie sich die der Löhne auf den Innenmarkt ausübt. Die kolossale Belebung der amerikanischen Wirtschaft ging in der Hauptsache von der enormen Kaufkraft der amerikanischen Bevölkerung aus. In Deutschland ist die Bevölkerung nur für das Notwendigste aufnahmefähig, deshalb das Bestreben, ausländische Absatzmärkte zu gewinnen. Daß aber eine Bevölkerung von 62 Millionen ebenfalls einen nicht geringen Absatzmarkt darstellt, wird gewöhnlich übersehen oder man gleitet mit einigen Phrasen darüber hinweg. Dies tut z. B. Dr. Meißinger, der in dem Artikel der „Industrie- und Handels-Zeitung“ folgendes zum besten gibt: „Es bleibt aber leider unbeachtet, in welcher außerordentlichem Umfang auch schon beim heutigen Lohnniveau der Konsum ausländischer Güter bis in die sonst den Massen nicht zugänglichen Luxusgüter hinein gestiegen ist, und es bleibt damit eine Gefahr ganz außer acht, daß bei Erhöhung der Kaufkraft der breiten Masse im Inland nicht zu sehr der deutsche, wie der ausländische Produzent einen Vorteil habe.“ Gegen solche Ausführungen lohnt es sich nicht zu polemisieren. Demgegenüber halten wir an den volkswirtschaftlich richtigen Meinung, daß die Hebung der Kaufkraft die deutsche Wirtschaft derart befruchten würde, daß Wirtschaftskrisen ihre Schreden verloren hätten.

Das deutsche Unternehmertum samt seinen journalistischen Klopfschreibern muß sich mit der Anschauung vertraut machen, daß das arbeitende Deutschland auf die Dauer nicht gewillt ist, sich mit einem Bruchteil der Einkommenshöhe zu begnügen, die den ausländischen Arbeitern zur Verfügung stehen. Die geforderten Lohnerhöhungen, selbst wenn sie generell mit 10 Proz. bewilligt würden, gleichen die Spanne zwischen den deutschen und ausländischen Löhnen der maßgebenden Industriefaktoren nicht aus. Deshalb treten wir auch ferner mit aller Entschiedenheit für Lohnerhöhungen ein. Sie bedeuten keineswegs eine neue Inflation und können von der deutschen Wirtschaft getragen werden.

Hindenburgs Warendienst.

Die Auswirkungen einer Wahl auf den Arbeitsmarkt. Einen Tag nach der Wahl Hindenburg zum Reichspräsidenten wurde im Schloß der Reichsbank und der Reichsregierung beschlossen, die Tätigkeit der Deutschen Goldkassabank wieder aufzunehmen. Die Bank wurde vor gut Jahresfrist von dem Demokraten Dr. Schacht gegründet und verfolgte den Zweck, die deutsche Warenausfuhr zu fördern. Dieses gelang ihr auch, indem sie, gestützt auf internationale Kapitalhilfe, der deutschen Exportindustrie namhafte Kredite zur Verfügung stellen konnte. Diese beliehen sich vor dem Wechsel, die Bank aufzulösen, auf gut drei-hundert Goldmillionen. Die Kredite stellten also rund 60 Proz. des monatlichen Durchschnittsexports Deutschlands dar und haben auf den deutschen Arbeitsmarkt äußerst günstig eingewirkt.

Der Beschluß, die Bank aufzulösen, wurde gefaßt, weil infolge der besser gewordenen internationalen Lage die deutsche Industrie hinreichende Möglichkeit bekam, Auslandskredite aller Art herbeizuschaffen. Die Bank arbeitete sich mit der Proklamation Hindenburgs zum präsidialen Staatsbankrott und zwar verhielten sich die ausländischen Geldgeber äußerst zurückhaltend. Die Verhandlungen um eigentliche Anleihen — hier kommt fast ausschließlich Amerika in Frage — kamen durchweg ins Stocken. Großen deutschen Firmen und deutschen Großstädten wurde der raschste Kredit abgeschlagen und verweigert. Andererseits verlor sich das Wechselkreditgeschäft. Hier waren es besonders England und Holland, die nicht mehr in dem Maße wie früher deutsche erhaltene Wechsel ankauften, die an das Ausland verkauft werden mußten, weil wir — eine Folge des von Hindenburg durchgehaltenen und verlorenen Krieges — nicht über das nötige Anlagekapital verfügten. Ohne Zweifel hat diese Störung im internationalen Kreditverkehr wiederum den deutschen Arbeitsmarkt beeinträchtigt, und man geht nicht fehl, wenn man die legitim zu beobachtende Verschärfung der Krise in Deutschland darauf zurückführt.

Nun bringen Wahlen immer Unruhe in die Wirtschaft, besonders in den internationalen Waren- und Geldverkehr. Gegenüber der letzten Wahl in Deutschland liegen die Dinge aber wesentlich anders; es handelt sich hier um viel mehr als um eine bloße Verlebensveränderung irgendeiner Wahl. Folgender Hinweis wird das klar machen: Die ausländischen Kredite haben, wie wir bereits oben andeuteten, die deutsche Ausfuhr belebt; vor allem waren die deutschen Exporteure wieder in der Lage, für Warenlieferungen nach dem Auslande langfristige Kredite zu gewähren.

Das bedeutet natürlich Konkurrenz für die Exporteure anderer Länder. Diese Konkurrenz wird namentlich in Amerika und England unangenehm empfunden und es steht schon vor Monaten eine heftige Agitation gegen die Kreditpolitik an Deutschland ein. In Agitation wurde durch Hindenburgs Kandidatur stark beunruhigt. Wenn in dem Augenblick, wo Hindenburg proklamiert wurde, Kreditverhandlungen stattfanden, war dieses das Werk der englischen und amerikanischen Exporteure, die mit Hilfe dieser unethischen Kandidatur die öffentliche Meinung gegen die Anleihen in Deutschland mobil machten.

Nun ist Hindenburg Reichspräsident und die deutschfeindliche Kreditpropaganda hat einen Triumph mehr in der Hand, der in aller Macht gegen die deutsche Ausfuhr und den deutschen Arbeitsmarkt ausgeübt wird. Nun wird sich die internationale Finanz aber auf die Dauer selbst durch die heftigste Strömung, der in den Volksschichten nicht von gewinnverprechenden Geschäftsaussichten abhalten lassen. Dieses zu verhindern, hies das Geld durch den Ausbeutungsdrang der internationalen Finanz beizubringen. Aber man darf auch die Vorläufer dieser internationalen Finanz nicht übersehen — und hier drohen neue Schwierigkeiten und Komplikationen für weitere Kredite an Deutschland. Hindenburg, der, nach eigenem Geständnis, den höchsten Wunsch seines Lebens hat, noch einmal gegen Frankreich in den Krieg zu ziehen, ist der denkbar ungeeignete Mann, die wirtschaftlichen und politischen Fragen in Westeuropa zu lösen, die nur durch Verständigung mit Frankreich zu lösen sind. Die Folge wird sein, daß der französische Nationalismus und ganz besonders die französische Schwerindustrie, die das Industriebündnis mit Deutschland zur Vorankündigung für die Freigabe der deutschen deutschen Industriegebiete macht, Westfalen und Rheinland nicht räumen werden. Das ist die erste bittere Frucht der Wahl Hindenburgs. Wenn aber der französische Soldat in Belgien, in den Niederlanden und in den Rheinlanden steht, dann ist der Dawesplan zerfallen. Der Dawesplan war aber die Grundlage, auf der die Kreditaktionen für Deutschland aufbauten. Die Welt auf ihr Geld an Deutschland, weil sie an den Dawesplan glaubte, nun an eine Räumung der besetzten Gebiete.

Durch diese Entwicklung ist ungefähr folgende Situation geschaffen worden: Die angelsächsische Finanz geht heute Hand in Hand mit der angelsächsischen Industrie und mit dem angelsächsischen Export. Das ist vorläufig eine Art Kreditperre, welche aber eine Drosselung unserer Ausfuhr mit höchst unangenehmen Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt. Ob es der Deutschen Goldkassabank gelingt, den Posten wesentlich zu missern, muß bezweifelt werden, da ihre Tätigkeit nach Statuten und Kapital begrenzt und der Kapitalhunger Deutschlands zu groß ist. Vorläufig wird die Lage durch den Ausbruch eines Berliner Bankrotts treffend gezeichnet, welcher lautet: „Schacht versucht gutzumachen, was die anderen vermasselt“ haben.

Die Reichsregierung befindet in diesen Tagen in einer Lage, die von uns bargestellten Zusammenhänge zu befrachten. Man will den Massen neuen Sand in die Augen streuen. Demgegenüber führen wir folgende Tatsachen an: Die deutschen Anleihen sind in New York nach der Wahl Hindenburgs ganz beträchtlich gesunken und liegen ungefähr 10 Proz. unter ihrem Nominalwert. Ganz besonders wurden die Krupp- und die Thyssenanleihe betroffen, die ganz besonders nachgaben. Auch die Dawesanleihe blieb von dieser Bauffe nicht verschont. Außerdem zeigte sich an den deutschen Börsen ein großes Angebot von deutschen Industriebörsen, so daß z. B. die Aktien eines der größten deutschen Montanwerke (Harpen) an einem Tag um 6 Proz. nachgaben. Hier mußten die Berliner Banken zu groben Stützungsaktionen greifen, um das schlimmste zu verhindern. Auch diese Reichen beweisen geradezu schlagend, daß der Ausbruch der deutschen Kreditkrise äußerst schädigend auf den deutschen Kredit wirkt. So bedeutet die Wahl Hindenburgs, wirtschaftlich gesehen, vor allem erst einmal eine weitere Belastung unseres Arbeitsmarktes. Der Reichstag hat der deutschen Wirtschaft und der deutschen Arbeiterschaft am 26. April das geleistet, was man gewöhnlich einen Warendienst nennt.

Der große Arbeitskampf in Dänemark.

Der Internationale Gewerkschaftsbund schreibt:

Nach langwierigen Verhandlungen während 24 Monaten ist es trotz aller Bemühungen der staatlichen Schlichter und trotz der im Interesse des Friedens von den Gewerkschaften geübten Zurückhaltung in Dänemark nun doch, dank der schroffen Haltung der Arbeitgeber zu dem langwierigen Großkampf zwischen Unternehmern und Arbeitern gekommen.

Die Unternehmer hatten schon lange vor dem vertraglich festgelegten Termin alle in der Zeit vom 1. Februar bis 1. April ablaufenden Tarifverträge für 105 000 Mitglieder der dem Gewerkschaftsbund angeschlossenen Verbände und für 25 000 Mitglieder außerstehender Verbände gekündigt und waren bestrebt, die Verhandlungen über die schon am 1. Februar ablaufenden Verträge für 80 000 Arbeiter in die Länge zu ziehen, damit eine eventuelle Aussperrung möglichst alle Arbeiter gleichzeitig treffen würde. Wie in den letzten Jahren, lief die Taktik der Unternehmer darauf hinaus, durch eine Zusammenhäufung aller Konflikte im letzten Augenblick und unter dem Zwang einer anzukündigenden Aussperrung die Tarifverträge durch eine von den staatlichen Schlichtern ausgearbeitete generelle Abmachung zu erneuern. Eine derartige allgemeine Vereinbarung, über die immer erst in letzter Stunde und unter dem Zwang der angekündigten Streiks oder Aussperrungen eine Einigung vor der Schlichtungsinstitution zustande kommt, ermöglicht aber nicht eine eingehende Behandlung der für die verschiedenen Berufe geltenden Verträge und läßt auch nicht genügend Zeit für Verhandlungen über eine Revision veralteter Vertragsbestimmungen oder über die Verbesserung der Lage besonders schlecht entlohnter Arbeitergruppen. Die in den letzten Jahren gemäß den Indizes vorgenommenen Lohnherabsetzungen oder Lohnerhöhungen trafen deshalb alle Arbeiter gleichmäßig, ohne Rücksicht auf die besonderen Verhältnisse oder Lohnlage. Mit der Zeit hat sich nun das Verhältnis bei den Verhandlungen in den einzelnen Berufen so gestaltet, daß sowohl die Arbeitgeber- als Arbeiterorganisationen in der bestimmten Gewissheit, daß die endgültige Vereinbarung doch erst bei den nächsten Verhandlungen vor der Schlichtungsinstitution zustande kommen kann, jedes vorübergehende Abblehnen. Wenn dann noch langem Hin und Her die Verhandlungen in den verschiedenen Berufen gescheitert werden in letzter Stunde alle Streitfragen an die Schlichtungsinstitution verwiesen, die in der Regel versucht, durch eine generelle Ordnung alle Konflikte beizulegen. Dieses Verhältnis, das eine Verdrängung aller besonderen Wünsche und Notwendigkeiten ausschließt, hat viel Unzufriedenheit unter den Arbeitern hervorgerufen.

Auch in diesem Jahre wurden die Verhandlungen von den Arbeitgebern hinausgezögert. Trotzdem die Verträge bereits abgelaufen waren, hatten noch in verschiedenen großen Berufen überhaupt keine Verhandlungen stattgefunden.

Bei der diesjährigen Tarifverneuerung forderten die Arbeiter eine Lohnerhöhung gemäß der eingetretenen Steigerung der Indizes. Nur der Fabrikarbeiterverband forderte darüber hinaus eine weitere Erhöhung für diejenigen Mitgliederkategorien deren Lohn besonders niedrig ist oder durch die allgemeinen Vereinbarungen unter den Durchschnittslohn ähnlicher Arbeitergruppen gesunken ist.

Die Arbeitgeber einiger bedeutender Industrien forderten dagegen eine 10prozentige Lohnreduktion und widerlegten sich hauptsächlich der bisher üblichen automatischen Lohnregelung nach dem zweimal im Jahre veröffentlichten Preisindex.

Unter Mitwirkung der staatlichen Schlichter gelang es in einigen Fällen auf der Grundlage einer Prozentigen Lohn-
erhöhung eine Einigung zu erzielen, entsprechend der eingetren-
nen Preissteigerung. In der Metallindustrie verweigerten
die Unternehmer jede Lohnsteigerung und auch der Fabrik-
arbeiterverband konnte zu keinem Einverständnis mit den Ar-
beitgebern kommen, so daß die vom Arbeitgeberverein ange-
forderte Aussperrung in der Metallindustrie am 18. März
erfolgte. Gleichzeitig traten auch die von den Fabrikarbeitern
angekündigten Streiks in Kraft. Damit befanden sich circa
12000 Arbeiter im Kampf.

Die Schlichtungsinstitution fehlte ihre Friedensbestrebungen
seit, mit dem Ergebnis, daß in der Nacht zwischen dem 28. und
29. März zwischen den beiden Hauptorganisationen ein Ab-
kommen vereinbart wurde, wonach neue Aussperrungen und
Streiks verschoben und neue Verhandlungen auf der Basis
eines von der Schlichtungsinstitution gemachten Vorschlages
angenommen werden sollten.

Die nach diesen Verhandlungen dennoch verbleibenden
Streitpunkte sollten der Schlichtungsinstitution unterbreitet
werden, die dann für die Vermittlung in den Fällen, wo keine
Einigkeit erzielt werden konnte, spätestens bis zum 11. April
einen neuen Schlichtungsantrag zu machen hatte.

Bei den hiernach stattfindenden Verhandlungen wurde für
einige Berufe eine Einigung über die Erneuerung der Verträge
erzielt, aber es blieben dennoch so viele Fragen ungelöst, daß
die Schlichtungsinstitution am 11. April nicht weniger als 22
verschiedene Schlichtungsanträge stellen mußte.

Diese Schlichtungsanträge wurden den betreffenden Orga-
nisationen zur Entscheidung unterbreitet.

Als das Ergebnis vorlag, zeigte es sich, daß die Schlich-
tungsanträge in 14 Fällen vollständig und in drei Fällen mit
gewissem Vorbehalt angenommen, aber in 5 Fällen verworfen
worden waren. Unter den Verbänden, die den Vorschlag ver-
worfen hatten, befanden sich die beiden größten, der Verband
der ungelerten Arbeiter und der Metallarbeiterverband. Die
Ursache der Ablehnung kann wesentlich in dem Umstand gesucht
werden, daß der Schlichtungsvorschlag für die Metallindustrie
keine Lohnsteigerung vorsah. Nur die Minimallöhne sollten er-
höht werden — was ohne praktische Bedeutung war — während
die Arbeiter in allen übrigen Berufen eine 3- bis 3 1/2prozentige
Lohnsteigerung annehmen sollten.

Der Arbeitgeberverein hielt am 17. April seine General-
versammlung ab, die den von der Schlichtungsinstitution ge-
stellten Schlichtungsanträgen zustimmte. Am Tage darauf, als
der Arbeitgeberverein davon Kenntnis erhielt, daß einige der
Verbände die Vorschläge verworfen hatten, wurde in einer
Sitzung des Hauptvorstandes der Arbeitgeber beschlossen, die
angekündigten Aussperrungen am 20. April in Kraft treten zu
lassen. Gleichzeitig haben die Arbeitgeber mitgeteilt, daß sie
sich als frei und nicht länger an den von ihnen am 17. April
angenommenen Schlichtungsvorschlag gebunden betrachten.
Die von den Arbeitern angekündigten Sympathiestreiks
wurden am 21. April eingeleitet.

Bis jetzt stehen demnach circa 125000 organisierte Arbeiter
im Kampf, davon 100000 Mitglieder der der Landeszentrale
angeschlossenen Verbände. Trotzdem die Schlichter die Verbin-
dungen mit den kämpfenden Parteien aufrechterhalten, muß
mit einer langen Kampfdauer gerechnet werden.

Mit Rücksicht auf die Tatsache, daß rund die Hälfte der
Gewerkschaftsmitglieder von der Aussperrung betroffen werden,
hat die dänische Gewerkschaftszentrale die internationale Hilfe
angefordert. Der IGB hat sich wegen Einleitung einer Unter-
stützungsfaktion bereits mit den gewerkschaftlichen Landeszen-
tralen in Verbindung gesetzt. Da die dänische Arbeiterchaft
bisher bei jeder Gelegenheit die weitgehendste Solidarität ge-
zeigt hat, kann bestimmt erwartet werden, daß die Arbeiterchaft
aller Länder den dänischen Arbeitsschwestern so schnell und
wirkungsvoll wie möglich zu Hilfe eilen wird.

Im Namen der Wirtschaft — gegen die Sozialpolitik.

Es ist das selbstverständliche Bestreben der Großunter-
nehmer, für ihren Standpunkt in der Lohn-, Arbeitszeit-,
Steuer- und Sozialpolitik die öffentliche Meinung zu gewinnen.
Genügt doch das reine Machtwort nicht, wenn die Mächtigkeit
ihres Vorgehens nicht glaubwürdig gemacht wird. Das Lösungs-
wort der Rechtfertigung heißt: die Wirtschaft. Alles, was
die Arbeitgeber unternehmen, geschieht im Interesse der „Wirt-
schaft“. Eine riesige Presse ist eifrig bemüht, diese Parole auf
sämtliche Forderungen und Tätigkeiten der Unternehmer anzu-
wenden. Diese Erkenntnis muß aber noch vertieft werden, und
zu diesem Zwecke verlegen die Arbeitgeberverbände Bücher und
 Broschüren, wo von gelehrten Febern der Beweis geführt wird,
daß der Standpunkt der Unternehmer in diesen Fragen der ein-
zig richtige, der der Arbeitnehmer aber verwerflich sei. Pro-
fessoren werden für diese Arbeiten bevorzugt. So enthält auch
das Heft 9 der Schriften der Vereinigung der deutschen Arbeit-
geberverbände eine Arbeit des Professors Dr. Hermann Levy an
der Technischen Hochschule in Berlin unter dem Titel: „Der
deutsche Arbeitnehmer und die internationale Wirtschaft“. Um
es vorwegzunehmen, ist das Buch des Professors Levy sehr
schlecht, ja für einen Volkswirtschaftler geradezu verblüffend
schlecht. Es ist nichts anderes als ein Pamphlet, ohne wissen-
schaftliche Durchdringung des Materials, dagegen einseitig und
in manchen Teilen zweifellos nicht in gutem Glauben ge-
schrieben. Als Belege dienen ihm von ungefähr zusammen-
geschuchte und zusammengeworfene Zeitungsausschnitte, mit denen
man willkürlich umsprungen wird. Als Unterlage für die
Folgerungen, die die bekannten Unternehmerphrasen enthalten,
heißt Professor Levy ein Konjunkturbild der Weltwirtschaft auf,
das seiner Ansicht nach außerordentlich traurig ist. Ja, es ist
in seiner Darstellung ebenso traurig wie in der der kommuni-
stischen Literatur, die im gegenwärtigen weltwirtschaftlichen
Niedergang den Zusammenbruch des kapitalistischen
Systems erblickt. Diese Literatur kann aus den Darstellun-
gen Professor Levys neue Nahrung schöpfen.

Nun ist die Lage der Weltwirtschaft in der Tat nicht günstig,
wenn auch bei weitem nicht so schlimm, wie aus diesen Schriften
hervorgeht. Wir können an dieser Stelle die Nachprüfung des
von Professor Levy entworfenen Konjunkturbildes nicht vor-
nehmen, können aber nicht umhin, zu bemerken, daß seine Dar-
stellung in ihren Einzelheiten fast durchweg unrichtig ist. Seine
Behauptung, daß es heute keinen einzigen Wirtschaftszweig gäbe,
der von sich sagen könnte, daß sein Wohlstand dem frieblichen
Vorjahr gleicht, stimmt ebenso wenig, wie daß die Valuten der
verschiedenen Länder in weiterem Verfall begriffen sind. Auch
ist seine Darstellung der Preisentwicklung nicht zureichend. Dieses
nur zur Charakterisierung der sogenannten wissenschaftlichen
Unterlagen der Arbeit.

In der Verteilung des Tadeis und des Lobes ist Herr
Professor Levy recht einseitig. Seltensvolle Mahnworte an
die Arbeitnehmer, doch keine an die Arbeitgeber, obwohl seine
eigene Darstellung dazu oft Anlaß geben könnte. So jammert
Professor Levy über den Rückgang der deutschen Export-
infolge der Zollschuttpolitik der ausländischen Staa-
ten seit dem Kriege. Nun sind die deutschen Arbeitgeber, in
deren Auftrag er das Buch geschrieben hat, ebenfalls Zoll-
schuttpolitiker. Warum mahnt er nicht diese, ihre Schutz-

zollforderungen aufzugeben? Ist es doch klar, daß mit dem
Abbau des Schutzollsystems einmal begonnen werden muß, die
Forderungen der deutschen Arbeitgeber stehen aber diesem Ab-
bau entgegen, ja, es würde ihre Erfüllung die Abperrung der
ausländischen Länder nur noch steigern. Oder aber Professor
Levy beklagt sich über das Verschwinden des Individualismus,
darüber, daß der Wettbewerb, die Überlegenheit der Tüchtigeren
nicht mehr als treibende Kraft angesehen wird; er beklagt von
Herzen, daß das „System der schablonenhaften Verteilung dem
System des Individualismus gegenübergestellt wird“.

Der Niedergang des Individualismus hat die tiefbedauer-
lichen Klassenunterschiede hervorgebracht. Es ist aber recht be-
zeichnend, daß Professor Levy weder in diesem Zusammenhang
noch in seinem Buch überhaupt von so etwas wie Monopol-
kapital, Trusten und Kartellen auch nur ein Wort
erwähnt. Gehören vielleicht diese Gebilde zum wirtschaft-
lichen Individualismus? Professor Levy wird dies
schwerlich behaupten können. Er fordert die Verbilligung der
Produktion als einziges Mittel zur Aufhebung der Wirtschaft-
skrise. Zu diesem Zwecke sollen die Arbeitnehmer auf sozial-
politische Forderungen verzichten und überhaupt nicht die „Ver-
teilung, sondern die Produktion in den Vordergrund stellen“,
mit anderen Worten, keine Lohnforderungen (die sich durch die
Erhöhung der Konsumfähigkeit auf die Verteilung der Güter
beziehen), erheben. An die Adresse der Grundbesitzer, Unter-
nehmer und Banken werden aber keine Mahnworte zur Ver-
billigung der Produktion gerichtet in dem Sinne, daß diese auf
einen Teil der Uebergewinne (insbesondere denken wir an die
monopolistischen Uebergewinne), der Grundbesitzer und hohen
Zinsen verzichten sollten. Von den Arbeitnehmern fordert er,
daß sie sich, statt mit sozialpolitischen, mehr mit den Problemen
der Gütererzeugung, der Produktivität der Volkswirtschaft be-
schäftigen sollen, und behauptet die bewußte Absehung breiter
Volksschichten von den Problemen der Gütererzeugung. Es un-
terliegt keinem Zweifel, daß die Erziehung der Arbeitnehmer
zum Verständnis der wirtschaftlichen Probleme notwendig ist
und diesbezüglich noch große Aufgaben der Leiter der Arbeit-
nehmerorganisationen harren; zweifelhaft ist nur, ob die so not-
wendige volkswirtschaftliche Schulung der Arbeitnehmer zu dem
Ergebnis führen wird, daß sie die Forderungen der Arbeitgeber
dann ohne weiteres hinnehmen werden. Das möchten wir un-
sernorts bezweifeln. Wenn Professor Levy sich für die englische
Arbeiterbewegung begeistert, wo die Entwicklung der Arbeiter-
partei das traditionelle Gefühl für die Ansprüche der „reinen
Wirtschaft“ im englischen Arbeiter nicht zu erdrücken und die
Grenzen von Wirtschaft und Politik nicht zu verwischen ver-
mochte, so entspricht diese Darstellung nicht den Tatsachen. In
seinem einzigen Land haben in den letzten Jahren so umfang-
reiche Arbeitskämpfe stattgefunden wie eben in England. Und
was die Beschäftigung mit Produktivitätsproblemen der Volkswirtschaft
anbelangt, so wurden in den Betriebsräten Organe
geschaffen, denen auch die Beschäftigung mit den Fragen der
Produktion obliegt. Dieser ihnen ursprünglich zugebachten
Aufgabe haben die Betriebsräte bisher noch nicht entsprochen.
Wir haben aber keinen Grund zu der Annahme, daß Professor
Levy oder die Arbeitgeberverbände sich für die Beschäftigung
der Betriebsräte mit den Fragen der Produktion sehr begeistern
werden. Es ist aber nicht sehr loyal, zu verneinen oder zu ver-
schweigen, daß die Gewerkschaften bei der Aufstellung ihrer For-
derungen auf die allgemeine oder besondere Wirtschaftslage
keine Rücksicht nehmen, wo sie dies natürlicherweise und auch
im eigenen Interesse nie unterlassen können.

Einer der Hauptzwecke Professor Levys ist, gegen den
Achtstundentag und gegen die Ratifizierung des Washingtoner
Abkommens anzukämpfen. Seine Argumente sind die alten,
wohlbekannten. Ein neues soll aber als eine sonderbare Wunde
dieser Literatur hier herausgestellt werden. Die Lage des
deutschen Arbeiters ist nicht derart, daß er die Arbeitszeitver-
längerung durch eine Erhöhung seiner Leistungen wettmachen
kann. Die deutsche Arbeiterchaft ist durch die Unterernährung
während des Krieges und der Inflationszeit körperlich und gei-
stlich so sehr herabgedrückt, daß sie keineswegs in der Lage ist, in
kürzerer Zeit als bisher etwa das gleiche oder mehr wie früher
zu leisten. Das heißt, da der deutsche Arbeiter unterer-
nährt und erschöpft ist, soll er länger arbeiten,
meint Professor Levy in vollem Ernst. Im übrigen nimmt der
Hochschulprofessor das von der Vereinigung deutscher Arbeit-
geberverbände im Herbst 1924 herausgegebene statistische Ma-
terial über die Wirkungen der Arbeitszeitverlängerung als posi-
tive Wahrheit. Daß die Angaben der Arbeitgeber auch gefälscht
oder willkürlich ausgewählt und gruppiert sein können, darf
dem Wissenschaftler, der im Auftrag der Arbeitgeber schreibt,
nicht einfallen. Es wird viel darüber gesprochen, daß das Aus-
land durch die deutschen Konkurrenz hat, die infolge der
deutschen Arbeitszeitverlängerung verschärft wird. Was Pro-
fessor Levy hierüber schreibt, ist recht komisch. Er scheint sich
nicht zu behaupten, daß eine solche Angst vor der deutschen Kon-
kurrenz bei den Unternehmern des Auslandes gar nicht besteht,
dagegen um so mehr bei den ausländischen Arbeitern, die im
übrigen auch gegen die Sachlieferungen Deutschlands auf Re-
parationskonto aus Konkurrenzjurist Widerstand leisten. Als
Beleg hierfür dienen ihm die erwähnten Zeitungsausschnitte;
einige Erklärungen englischer Bankdirektoren, daß sie die deut-
sche Konkurrenz für natürlich halten, und auf der anderen Seite
einige ungenaue und irreführende Mitteilungen bürgerlicher
Blätter, unter anderen der „Financial Times“ über die Stel-
lungnahme des Internationalen Vergarbeiterverbandes. Fürchtet
der Herr Professor nicht, daß er durch diese Arbeitsmethode den
Ruch der Lächerlichkeit auf sich zieht? Kann doch jeder dem
Herrn Professor 20 andere Zeitungsausschnitte entgegenhalten,
wo ausländische Unternehmerverbände ihrer Angst vor einer
deutschen Dumping-Konkurrenz Ausdruck geben, und ebenso kann
man auch beweisen, daß die ausländischen Arbeiterorganisationen
die deutschen Sachlieferungen nicht verhindern, sondern im
Gegenteil diese, insbesondere die Wiederherstellung der zer-
störten Gebiete, durch deutsche Arbeitskraft zu fördern be-
strebt waren.

Professor Levy geht aber noch viel weiter. Der wirkliche
Zweck seiner Arbeit scheint zu sein, die deutschen Arbeitnehmer
mit ihren ausländischen Arbeitsbrüdern zu verfeinden, und
ihnen einzureden, daß sie vom Internationalen Gewerkschafts-
bund von Amsterdam verraten und betrogen werden, ohne daß
sie dies merken. In seiner Darstellung ist der Internationale
Gewerkschaftsbund von Amsterdam ein Organ der Feinde
Deutschlands und einzig bestrbt, die Konkurrenz Deutschlands
zu unterdrücken und die deutsche Wirtschaft zugunsten ausländi-
scher Konkurrenten auf dem Weltmarkt „unter dem Deckmantel
eines sozialpolitischen Fortschrittes“ zu beeinflussen. Nur des-
halb fordert der Internationale Gewerkschaftsbund das ange-
blich „einseitige“ Eintreten für den Achtstundentag in Deutsch-
land. Auch sonst befinden sich in der Schrift des Professors
Levy eine Anzahl von unwahren Angaben über die Tätigkeit
des Internationalen Gewerkschaftsbundes mit dem Zweck, diesen
bei den deutschen Arbeitnehmern anzuschwärzen. Er tadelt die
angeblich für Deutschland ungünstige Stellungnahme des Inter-
nationalen Gewerkschaftsbundes in der Reparations-
frage; eine Unabbarkeit ist sonderbar, wo doch be-
kannt ist, daß, während die ausländischen Unternehmer noch
jahrelang eine maßstühlerne Raubpolitik zur Unterdrückung
Deutschlands führten und der Verführung der Völker entgegen-
gearbeitet haben, der Internationale Gewerkschaftsbund die erste
Organisation war, die trotz mancher Schwierigkeiten folgerichtig
für die gerechte und der deutschen Leistungsfähigkeit Rechnung
tragende Regelung der Reparationslasten bei jeder Ge-

legenheit eingetreten ist. Dies war zu der Zeit in der Tat
eine Oase in der Wüste. Aus der Darstellung des Professors
Levy könnte ein Uneingeweihter entnehmen, daß das Gegenteil
der Fall war. Ferner wirft er dem Internationalen Gewerk-
schaftsbund vor, er hätte mit keinem Wort gegen die hochhän-
dlerische Abperrpolitik Stellung genommen. Soviel wir
wissen, war der Internationale Gewerkschaftsbund immer gegen
die handelspolitische Abperrung der Völker, was von den durch
Professor Levy vertretenen deutschen Unternehmern, wie oben
schon erwähnt, nicht gesagt werden kann.

Zum Schluß möchten wir noch einen schönen Satz aus der
„Schlußbemerkung“ Professor Levys anführen: „Rebe Vernunft
klasse, wenn sie Anspruch auf volkswirtschaftlichen Wert erheben
will, muß zeigen, inwiefern sie bereit ist, ihre Sonderinteressen
mit den Interessen der wirtschaftlichen Gesamtheit in Einklang
zu bringen.“ Diese Mahnung, die Professor Levy an die Arbeit-
nehmer richtet, dürfte mit größerem Recht für die Arbeitgeber,
in deren Auftrag er sein Buch schrieb, gelten.

Deutschlands zweiundzwanzig größte Unternehmungen.

Mit dem Uebergang Deutschlands zur Goldwährung wurden
sämtliche Aktiengesellschaften verpflichtet, neue, sogenannte „Gold-
bilanzen“ anzufertigen. Eine eigentliche Neubewertung geschah
dabei nicht, da die Verwaltungen der Aktiengesellschaften gemein-
willkürlich die Betriebsanlagen einschätzten. Trotzdem können die
Bilanzfiguren manchen Anhalt zur Beurteilung der deutschen Ka-
pitalkonzentration geben. Rechnet man das Aktienkapital und
die ausgewiesenen Rücklagen als „Eigenkapital“ zusammen, so
ergibt sich, daß ein Eigenkapital von 100 Millionen Goldmark
und darüber hinaus nur zweiundzwanzig Unternehmungen be-
sitzen. Darunter fallen: acht Gesellschaften der Kohlen- und Eisen-
industrie mit einem Eigenkapital von insgesamt 1 Milliarde
125 Millionen; vier Elektrizitätsgesellschaften mit einem Eigen-
kapital von insgesamt 600 Millionen; drei chemische Gesellschaften,
die zusammen ein Eigenkapital von 626 Millionen besitzen; vier
Großbanken (die sogenannten „D-Banken“: die Deutsche Bank,
die Disconto-Gesellschaft, die Dresdner Bank, die Darmstädter
Bank), mit einem Gesamtkapital von 545 Millionen; und ferner
drei Unternehmungen gemischten Charakters (darunter auch die
dem Reich gehörende Vereinigte Industrie-A.G.), die zusammen
227 Millionen Eigenkapital haben. Das sind die zweiundzwanzig
größten Gesellschaften. Die Summe ihres Kapitals beträgt also
etwas über 3 1/2 Milliarden Goldmark. Unter ihnen befinden sich
nur drei Gesellschaften mit einem Kapital, das 200 Millionen er-
reicht: Friedrich Krupp, A.-G., mit 200, die Badische Anilin-
fabrik mit 235 und die Deutsche Bank mit 200 Millionen. Ver-
gleicht man diese Zahlen — wie es Dr. Katona versucht — mit
den Friedenszeiten, so ergibt sich:

1. eine teilweise Kapitalzeinschiebung bei denjenigen Unter-
nehmungen, die entweder durch den Friedensvertrag oder durch die
Inflation enteignet wurden; dies sind die Schiffahrtsgesellschaften
(Hapag, Lloyd hatten früher mehr als je 100 Millionen, heute
weniger als je 70 Millionen Eigenkapital und können also heute
überhaupt nicht zu den größten zählen) und ein Teil der Banken;
2. ein starker Fortschritt der Konzentration, namentlich in
der Schwerindustrie, der chemischen und der Elektrizitätsindustrie.
In dem Maschinenbau und der Textilindustrie hingegen sind über-
haupt keine Gesellschaften vorhanden, die zu den größten zu zählen
würden;
3. infolge mangelhaften Kredits können heute die Gesell-
schaften viel weniger Obligationenkapital in Anspruch nehmen als
im der Vorkriegszeit. Sie sind vorerst gezwungen, auf ihr Eigen-
kapital angewiesen, so daß heute eine Gesellschaft mit 100 Mil-
lionen Eigenkapital eine geringere Geschäftsbasis besitzt als eine
mit gleichem Eigenkapital vor dem Kriege.

Die deutschen Löhne im Vergleich mit dem Ausland.

In einem außerordentlich interessanten und mit vielem sta-
tistischen Material versehenen Artikel untersucht Dr. Paul
Hermberg in der Monatschrift des IGB: „Die Ar-
beit“, die Frage Weltmarkt und Lohn. Der Verfasser kommt
dort zu interessanten Feststellungen. So ergibt ein Ueberblick
über die Lohnsteigerung in verschiedenen Ländern folgendes Bild:
Durchschnittliche Stundenlöhne Ende 1921 in Prozenten der
Löhne von 1914:

In Deutschland	122 Proz.
„ Italien	150 „
„ Frankreich	152 „
„ England	200 „
„ der Schweiz	200 „
„ Schweden	249 „
„ Holland	295 „
„ der Vereinigten Staaten	292 „

Wenn man nun noch beachtet, daß die deutschen Arbeiter
länger arbeiten als ihre Kollegen im Ausland, dann kann man
ermessen, wieviel der deutsche Unternehmer im Vorteil ist. Ge-
rade jetzt geht ein Grummel gegen die schlechten Lohnsteigerungen
durch die Unternehmerpresse. Da dürfte es wirksam sein, an
obige Zahlen zu erinnern. Der Zustand, daß die deutsche Ar-
beiterchaft billiger als die englische und amerikanische arbeitet,
kann und darf nicht in alle Ewigkeit aufrechterhalten werden.
Man solle aber auch immer beachten, daß sich in obigen Zahlen
die Stärke der gewerkschaftlichen Bewegung widerspiegelt. Je
besser gerüstet die Gewerkschaften sind, je höher stellen sich natür-
lich auch die Arbeiterlöhne. Und dies soll und muß unsere Auf-
gabe für die Zukunft sein. Sind unsere Gewerkschaften stark
genug, dann möge der Reichswirtschaftsminister lamentieren, so
viel er will, dann mögen die kapitalistischen Goldschreiber sich
hinlegen und schreiben. Der deutsche Arbeiter hat es fast, als
Kuli unter den modernen Lohnarbeitern zu gelten.

Gewerkschaftliches.

Schornsteinfeger. Die Abstimmung der Organisation
der Schornsteinfeger im März 1925 zwecks Anschluß an den
Baugewerksbund ergab 1439 Stimmen dagegen und nur 110
Stimmen für die Vereinigung.

40 Jahre Glasergewerkschaft. Der Grundstein der zen-
tralen Glasergewerkschaft wurde im Jahre 1885 gelegt. Als
das Sozialengesetz 1890 gefallen war, entfaltete sich dies
Glieb der freien Gewerkschaftsbewegung in erfreulicher Weise.
Nach achtunddreißigjährigem Bestehen verschmolz es sich 1922
mit dem Baugewerksbund und bildet dort eine selbständige Fach-
gruppe. Der Baugewerksbund gab aus diesem Anlaß eine
reichlich und gut ausgestattete Glaszeitung heraus.

40 Jahre Buchbinder- und Papierarbeiterverband. Dieser
wurde im Jahre 1885 aus der Taufe gehoben und begann am
1. Mai des gleichen Jahres seine Tätigkeit. 1669 Mitglieder
hatten sich in den ersten zwei Monaten seines Bestehens zu-
sammengefügt. Im Laufe der Jahre ging die Entwicklung
vorwärts, so daß im ersten Halbjahr 1914 insgesamt 8281
Mitglieder gemustert werden konnten, davon 15968 weibliche.
Seinen Höchststand erreichte diese Organisation mit Abschluß
des Jahres 1922, und zwar mit 98810 Mitgliedern. Ende

1924 konnte mit noch 54 000 Organisationsangehörigen rechnen. Der Verband gab infolge seines Jubiläums eine schöne achtseitige Zeitung heraus.

Der Mitgliederstand der schwedischen Gewerkschaften. Aus den jetzt vorliegenden Angaben über die Mitgliederzahlen der dem schwedischen Gewerkschaftsbund angeschlossenen Verbände geht hervor, daß die Mitgliederzahl sämtlicher Verbände von 313 022 am 1. Januar 1924 auf 360 337 am 1. Januar 1925 gestiegen ist. Es ist mithin ein Mitgliederzuwachs von 47 315 oder 15 Proz. zu verzeichnen. Die Zahl der angeschlossenen Verbände beträgt 34 mit 3810 Verwaltungspersonen. Die Zahl der männlichen Mitglieder hat sich im Jahre 1924 von 286 269 auf 329 283, d. h. um 43 014 oder 15 Proz., die der weiblichen Mitglieder von 26 753 auf 31 054, d. h. um 4301 oder 16 Proz., erhöht. Den größten Mitgliederzuwachs verzeichnet der Metallarbeiterverband mit 8028 neuen Mitgliedern, dann folgt der Holzarbeiter- und Klotzwerkerverband mit 6893, der Fabrikarbeiterverband mit 6035 und der Papierarbeiterverband mit 4164 Mitgliedern. Am 31. Dezember 1924 zählte der Gewerkschaftsbund 280 029 Mitglieder. Im Gegensatz zu den meisten anderen Ländern ist es somit den schwedischen Gewerkschaften nicht nur gelungen, die während der Konjunkturschwäche gewonnenen Mitglieder zu halten, sondern darüber hinaus auch neue, bisher unorganisierte Arbeitermassen für die gewerkschaftliche Organisation zu gewinnen.

Genossenschaftliches.

Organisierte Verbraucher in Zahlen. Die Großeinzelhandels-Gesellschaft Deutscher Konsumvereine m. b. H., Hamburg, erzielte im ersten Vierteljahr 1925 einen Umsatz von 4 721 107,63 Mk., gegen 4 044 975,72 Mk. im ersten Vierteljahr 1924, also 4 279 131,91 Mk. mehr. Der Umsatz in Erzeugnissen der Eigenherstellung betrug 7 603 196,02 Mk., gegen 7 566 261,25 Mk. im ersten Vierteljahr 1924, also 36 934,77 Mk. mehr. Die Großeinzelhandels-Gesellschaft hat vor kurzem in Stendal eine große Obst- und Gemüse-Konservefabrik kauslich erworben und damit ein neues, wichtiges Gebiet der Eigenproduktion betreten.

Von der Keramikindustrie.

Die Dandauer Porzellan-Manufaktur, A.-G., Magdeburg. Dandau, erzielte im Jahre 1924 einen Reingewinn von 3665 Mk. und zahlte davon 3 Proz. Dividende.

Die Porzellanfabrik Tettau, A.-G., in Tettau, ist in der Lage, aus dem Ueberfluß von 151 173 Mk. und entsprechenden Abschreibungen 8 Proz. Dividende zu verteilen. Den Arbeitern und Arbeiterinnen dieses Werkes ist es nicht so gut gegangen wie den Aktionären.

Die Porzellanindustrie Portugals wird hauptsächlich von drei größeren Unternehmen repräsentiert. Davon steht die Fabrica de Vitoria Alegre auf ein hundertjähriges Bestehen zurück. Sie arbeitet mit ihren Erzeugnissen die Muster von den französischen und dänischen Porzellanfabriken nach. Die Fabrica de Sacadom macht einfaßes Gebrauchsporzellan und Kacheln. Und die vor vier Jahren gegründete Empresa Electro Ceramica in Villanova da Gama stellt Elektroporzellan her. Sie ist in der Lage, den Landbedarf an Elektroporzellan zu decken. Nur die Isolatoren für die allernächsten Spannungen werden aus dem Ausland eingeführt.

Auf 1 Jahr verlängerten die englischen organisierten Porzellanfabrikanten und Porzellanarbeiter ihre bestehenden Tarifverträge. Sie bleiben bis zum 25. März 1926 in Kraft.

In Frankreich ist nach Bestimmung vom 29. Dezember 1924 die Anwendung des Achtstundentages in der feinkeramischen Industrie auf folgende Industriezweige ausgedehnt worden: Fabrikation von Gegenständen aller Art aus Steingut (Zapfen) und Porzellan, Fabrikation von Spülwaren aus Steingut und Porzellan, Fabrikation von Platten aus Steingut und Porzellan; ausschließlich der Bauseramik. („Keramos“.)

Der königlich-dänische Porzellanfabrik Kopenhagen ist es gelungen, schreibt „Keramos“, Porzellan von einer derartigen Dauerhaftigkeit herzustellen, daß Gegenstände, die daraus für den Hausgebrauch hergestellt werden, nur bei außerordentlich undurchsichtigem Gantieren zerbrochen werden können.

Die Ausichten der englischen feinkeramischen Industrie haben sich im zweiten Vierteljahr 1925 gebessert. Die Fabriken arbeiten im allgemeinen regelmäßiger und die Nachfrage im Ausland wie im Inland hat sich gehoben. Nach einer verhältnismäßig ruhigen Periode sind die großen Steingutfabriken, die speziell für den Export fabriazieren, und deren Produkte den Hauptanteil am Exportgeschäft haben, bedeutend besser beschäftigt. Dasselbe trifft für die feinsten- und Porzellanfabriken zu. Noch lebhafter ist die Tätigkeit in den Fabriken für elektrotechnische Ware, die fast alle von der Karzarbeit zur Vollarbeit übergegangen sind. Das Exportgeschäft speziell dieser Branchen ist ständig im Wachen. Die Spülwaren- und Plattenindustrie sind wie bisher infolge lebhafter Baulätigkeit gut beschäftigt. („Keramos“.)

In den Vereinigten Staaten Amerikas bestanden im Jahre 1923 nach der Statistik der keramischen Industrie 412 Porzellanfabriken, in denen durchschnittlich 36 325 Arbeiter beschäftigt waren. Von den Fabriken standen 102 in Ohio, 63 in New Jersey, 31 in West-Virginia, 20 in Pennsylvania, 17 in Illinois, 14 in Kalifornien, 11 in New York, je 9 in Indiana und Massachusetts, 6 in Michigan, 5 in Texas, je 4 in Colorado, Maryland und Tennessee, 3 in Missouri und die verbleibenden 20 in 16 anderen Staaten und dem Distrikt Columbia.

Die Handelsbilanz der deutschen Feinkeramik im Jahre 1924 ergab eine Ausfuhr von 87 015 Tonnen.

Aus unserem Beruf.

Neustadt bei Coburg. Die Firma H. Steiner & Co. hat Rappentzieher für Amerika und läßt sich diese auch von dort bezahlen. Ihren Arbeitern und Arbeiterinnen eilt sie aber nicht den tarifmäßigen Mindestlohn, den sie doch sicher bei ihrer Berechnung recht hoch in Anrechnung gebracht hat; sie hat trotz Ermahnung auch verweigert, die letzten Lohnsteigerungsprozente ihrer Belegschaft zu gewähren. Das ist ein Beispiel für einen Unternehmer der feinkeramischen Industrie, dem ein Teil von jenen ist, es gewohnt, das Einkommen ihrer Belegschaften auf die Mindestlöhne zu drücken und wenn möglich, noch darunter. Zu den Dreßern gehört auch die Firma Steiner. Aber nicht genug damit: Sie beschimpft außerdem ihre Belegschaft noch für ihr Entgegenkommen und bei jeder Gelegenheit werden Personale mit der Kündigung bedroht, wenn sie die Entrechnungsspraktiken nicht ohne weiteres hinnehmen. Andererseits läßt sich die Firma aber auch zum Dank für die nicht tarifmäßige Behandlung von ihrer Belegschaft die rührende Sorge betätigen, wenn sie damit rechnen kann, daß sie um die rechtlich veranlagte Bezahlung des Tariflohnes herumzukommen vermöge. Man sieht, der Firmeneinhaber Hermann Steiner ist auf mehreren Gebieten zur Heberverteilung der Arbeiterkraft zu Hause und weiß, wie man es macht, um sich doppelten Profit zu sichern, aus lauter Sorge für seine Belegschaften. Ist das

nicht rührend? Nächstens werden ihm die Arbeiter und Arbeiterinnen die Hand dafür küssen, daß sie täglich neun Stunden tätig sein dürfen und nur acht Stunden Lohn ausbezahlt erhalten. Was würde wohl er machen, wenn seine Belegschaft sagen würde: Wenn Sie uns unseren rechtmäßigen Lohnanteil nicht bezahlen und unterschreiben auf einen Teil ihres Profits verzichten, fliegen Sie auf die Straße? Er würde sich darüber aufregen, aber die Arbeiter und Arbeiterinnen sollen ein verärgertes Verlangen stillschweigend hinnehmen. Das tun sie jedoch nicht. Und wenn sich Steiner noch so sehr den Anschein gibt, der sorgende Unternehmer zu sein, so läßt sich der Verstoß an seinen Handlungen in bezug auf Tariffragen sehr deutlich erkennen.

Mannheim. Die Zahlstelle Mannheim feiert am Samstag, den 9. Mai, ihr 25jähriges Stiftungsfest. Zugleich beneht unser Vorkämpfer, Kollege Roman, sein 25jähriges Mitgliedsjubiläum. Die Zahlstelle Mannheim gedenkt auch an dieser Stelle ihres allzeit bewährten Vorkämpfers und wünscht von Herzen, daß unser Kollege Roman noch recht viele Jahre an seinem segensreichen Posten stehen kann. Zu dieser Festlichkeit laden wir alle unsere Kollegen und Kolleginnen freundschaftlich ein und erwarten vollzähligen Besuch.

Die Verwaltung.

Veranstaltungs-Anzeigen.

Spanbau. Am Donnerstag, den 14. Mai 1925, nachmittags 1 Uhr, bei Wind, Wiedelsdorferstr. 5. Zahlstellensammlung. Erscheinen eines jeden Mitglieds ist Pflicht.

Die Verwaltung.

Adressenänderungen.

Möbendorf. Vorl.: Hugo Heim, Maler, Suhl, Lanter, Thür. **Selb.** Vorl.: Hans Kliger, Kapseldreher, Bepplustraße. — Schriftf.: Andreas Wöblich, Dreher, Ebdanstr. 24.

Männliche Arbeiter aller Berufe

die gewillt sind, sich gegen Not in Krankheitsfällen zu versichern, können in die

Meißner Zuschußkasse

eintreten.

Die Meißner Zuschußkasse, 1873 gegründet, ist eine der ältesten Kassen Deutschlands dieser Art. Sie untersteht dem Reichsaufsichtsrat für Privatversicherung. Krankengeld wird von ihr, je nach der Dauer der Mitgliedschaft, bis zu einem Jahr gezahlt.

Der wöchentliche Beitrag beträgt gegenwärtig in den einzelnen Klassen 30 Pf., 40 Pf., 50 Pf. bzw. 70 Pf. An wöchentlichem Krankengeld wird gezahlt:

5,10 Mk. in der I. Klasse, 6,00 Mk. in der II. Klasse, 8,40 Mk. in der III. Klasse und 12,— Mk. in der IV. Klasse.

Beim Ableben eines Mitglieds erhalten dessen Hinterbliebene ein Sterbegeld bis zu 105,— Mk., je nach der Dauer der Mitgliedschaft und der Alterszugehörigkeit.

Die Kasse zählt gegenwärtig rund 50 000 Mitglieder in gegen 650 Verwaltungsstellen.

Die Meißner Zuschußkasse unterhält keine Agenten; sie wird vielmehr von ihren Mitgliedern selbst verwaltet. Sind mindestens 20 Mitglieder an einem Orte vorhanden, so kann eine örtliche Verwaltungsstelle errichtet werden. Solange die Mitgliedszahl an einem Orte die 20 noch nicht erreicht hat, unterstehen die vorhandenen Mitglieder direkt der Hauptverwaltung.

In näherer Auskunft ist die Hauptverwaltung der Meißner Zuschußkasse in Meissen (Sachsen), Martinstr. 5, jederzeit gern bereit. (166b)

Wittenberg. Die Auszahlung von Krankengeld und anderweitiger Unterstützung findet nur jeden Freitag, nachmittags von 5 bis 7 Uhr, statt.

Willi Bachmann, Klein-Wittenberg, Wilhelmstr. 12.

Geschäfts-Anzeigen.

Offiziere hierdurch für Porzellan- und Steingutfabriken, gegen ein Zahlungsziel von 1 bis 3 Monaten: **Flache glatte, faßmännisch bearbeitete prima Zymora-Dreherhöhlungen**, per 100 Stück 45, 75, 100 u. 125 R.-Mk.; **größere u. mittlere volle prima Feinglasierte Zymora-Höhlungen**, das Stilo 80 bis 150 R.-Mk.; **feinere größere u. mittlere prima Levanterhöhlungen**; **prima Levanter „Elefantenohren“**; **kleine flache und glatte prima Levanterhöhlungen**, per 100 Stück 20, 30 und 40 R.-Mk.; **faßgroße weiche prima Pfeifhöhlungen** (auch für Drucker und Glaser geeignet), das Stilo, 75 Stück enthaltend, 60 R.-Mk. **Auf Wunsch auch Aufhängesendungen**, von welchen nicht tonenierende Positionen innerhalb 1 Woche zurücknehmen. **H. Miesekohn, Schwammgroßhandlung, Berlin C. 25, Prenzlauerstr. 42.**

Goldabfälle jeder Art

wie Lappen, Schmiere, Asche, gebranntes Gold, Glaschen usw. werden bei guten Preisen gekauft. Glänzige Glanzgold- und Poliergold-Originalflaschen werden gekauft und dafür hohe Preise bezahlt. **H. Langhammer, Goldaufkaufsgeschäft, Willau 1. Sachsen.**

Arbeitsmarkt.

Tüchtige

Ein- und Ueberformer

L. Dauerstellung von Steingutfabrik gesucht. Angebote mit Angabe der bisherigen Tätigkeit und möglichst Zeugnisausschnitten erbeten unter „177“ an die „Ameise“.

Der Mann Brenner, die Frau Stahl u. Dant. bündlerin, suchen Dauerstellung, wenn möglich mit einer Zweizimmerwohnung. Offerten unter „178“ an die „Ameise“.

Tüchtiger gewandter Figurenformer und -gießer, firm in allen vorerwähnten Arbeiten, sucht Stellung. Angebote sind unter „179“ an die „Ameise“ zu richten.

Zwei tüchtige Dreher, verheiratet, im besten Mannesalter, welche in der Geschirrbauerei bestens vertraut, besonders im Ueberformen von Schüsseln und Tellern firm sind, suchen, gestützt auf gute Zeugnisse, ihre Stellung zu verändern. Studienarbeiten mit Trommelblatt, Kugel, sowie jeder Einführung eines Betriebes. Angebote sind zu richten unter „185“ an die „Ameise“.

Erfahrener verheirateter Abgießer und Einrichter der Geschirrbauerei sucht halbunabhängig Stellung. Offerten unter „181“ an die „Ameise“ erbeten.

Quittung.

Für unseren kranken Kollegen **Meusinger** wurden von der Zahlstelle folgende Geldbeträge eingekassiert: **Kahla, Kloster Weisaburg, Spandau, Arzberg je 5,—; Marktreibitz 4,—; Eberthausen, Tiefenfurt, Margarethenhütte, Annaburg, Städtelengsfeld, Zellwies, Elmshorn, Vordamm, Hennigsdorf, Berlin, Pläne, Blankenhain, Gelterwerda je 3,—; Meuselwitz, Burgau, Suhl, Waldbüsch, Naunstein, Mitterteich, Thierheim je 2,— Mk. Summe 77,— Mk.** Im Namen des kranken Kollegen Meusinger und der Zahlstelle Schenkungen allen Spendern herzlichsten Dank. Die Sammlung ist geschlossen.

J. A.: **Andreas Hoffmann, Kassierer, Schleusingen.**

† Sterbetafel †

Dresden. Gustav Schultze, Gießer, geboren am 24. 7. 1869, gestorben an Lungenleiden. Organisiert seit 1918. — **Herrbert Hörter, Glasmaler**, geboren am 26. 9. 1872, gestorben an Herzschlag. Organisiert seit 1919. — **Paul Hörter, Porzellanmaler**, geboren am 23. 7. 1860, gestorben an Nervenleiden. Organisiert seit 1919. — **Albert Emrich, Porzellanarbeiter**, geboren am 19. 10. 1887, gestorben an Herzschlag. Organisiert seit 1918. — **Pauline Gruschinski, Steingutarbeiterin**, geboren am 19. 8. 1865, gestorben an Lungenentzündung. Organisiert seit 1911.

Eisenberg. Verta Wjatz, Schleiferin, geboren am 20. 1. 1888, gestorben an Unterleibsleiden. Organisiert seit 1922. **Dorfhan.** Luipold Klessa, Formgießer, geboren am 24. 10. 1896, gestorben an Herzleiden. Organisiert seit 1918. **Selb.** Anna Bauer, Biberin, geboren am 18. 9. 1882, gestorben an Lungenentzündung. Organisiert seit 1918.

Ehre ihrem Andenken!

Junger Mann, 23 Jahre, strebsamer Charakter, sucht passende Stelle als Lagerist oder ähnliche Stelle. Er ist fähig, den gesamten Betrieb vom fertigen Brand bis zum Versand in allen Formen zu führen, da sieben Jahre praktisch gearbeitet. Gehe eventuell auch in Anfangsbetrieb, um praktisch mitzuarbeiten. Gefällige Antworten unter „180“ an die Redaktion der „Ameise“ erbeten.

Tüchtiger, junger, lediger Maler sucht Stellung. Firm in Rand, Wand, Staffage, Stempel und Lauband. Anschriften sind unter „186“ an die „Ameise“ zu richten.

Junger lediger Maler, firm in Rand, Wand, Stempel und Staffage, sucht, um sich zu veranbren, Stellung. Angebote unter „182“ an die Redaktion der „Ameise“ erbeten.

Erfahrener Gießer, mit allen vorkommenden Arbeiten der Gießerei bestens vertraut, der zielbewußt und umsichtig ein Personal zu leiten vermag, ungeschultes Personal geschickt und bestens anlernen kann, sucht Stellung als Gießermeister. Angebote unter „183“ an die „Ameise“ erbeten.

Erstklassiger, tüchtiger, erfahrener Dreher der Geschirrbauerei, verheiratet, mit allen vorkommenden Arbeiten der Dreherei sowie Gießerei vertraut, der das Schablonenstellen, die Zusammenfügung von Masse versteht, ein Personal umsichtig leiten kann, ungeschultes Personal geschickt und sicher anlernen versteht, sucht, gestützt auf gute Zeugnisse, Stellung als erster Dreher oder als Drehermeister. Angebote unter „184“ an die „Ameise“ erbeten.

Große Porzellanfabrik der feinen Geschirrbauerei Oberfrankens sucht noch 10—15 tüchtige

Maler

für Wand und Stempel in Poliergold, sowie für reiche Mollkassen. Wohnungen für ledige Maler und auch schöne Familienwohnungen sind vorhanden. Offert. unt. Chiffre „172“ a. d. „Ameise“.

Wegen Erweiterung unseres Betriebes suchen wir 6—10 tüchtige

Steingutfreher

sowie einige tüchtige **Unterglasurmaler** für Schablonen und Pinselarbeit. Angebote unter „175“ an die „Ameise“ erbeten.

Größere Steingutfabrik stellt noch perfekte

Dreher u. Gießer

ein. Angebote mit Zeugnisabschriften und Angabe, auf welche Artikel eingearbeitet, erbeten unter Chiffre „173“ a. d. Redaktion der „Ameise“.

Tüchtige Schalen- und Becherdreher

für sofort gesucht. (176) **Jevever Porzellanfabrik C. & E. Carstens Jeve, Bez. Bremen.**

Herausgegeben vom Verband der Porzellan- und verwandten Arbeiter und Arbeiterinnen. — Red.: Edwin Penningner, Charlottenburg I, Arabeistr. 2-5. — Verlag: Wilh. Herben, Charlottenburg I, Brahestr. 2-5.

Druck: C. S. an der Schenke, Berlin SO., Elisabethstr. 29/30.

Alle goldhaltigen Müßstände werden angekauft und das Gramm Feingold mit 2,78 Mk. bezahlt. Eingehende Sendungen werden auf das prompteste erbeten. (188b) **Martin Kaufmann Willau 1. Sa., Werdanerstr. 25.**

Zum sofortigen Antritt bei besonderer Lohnvergütung suchen wir einen geübten jüngeren, ledigen

Schleifer

Angebote an (161b) **Friedrich Eger & Söhne Porzellanfabriken Großbreitenbach i. Thür.**

Tüchtiger

Dreher

für Spezialartikel auf Galgen per sofort gesucht. Angebote mit Angabe über bisherige Tätigkeit usw. erbeten an

C. & E. Carstens Porzellanfabrik Zeven (Hann.).

Für sofort jüngerer

Maler

für Schrift und Dekor gesucht, der sich in Wappmalerei einarbeitet. Dauerstellung. (170a)

Theodor Holborn Göttingen, Barfüßerstr. 14.

Einen ledigen, gelbten

Fondsprüher

welcher gleichzeitig als **Anglasmaler** in besserer Dekor firm ist, stellt sofort ein (171) **E. A. Grimm Porzellan-Malerei Hmenau i. Thüringen.**